

nahmen können wir doch sofort beschließen - wer hindert uns denn z. B. daran, den Schuldenerlaß per 30.6.1990 für private, genossenschaftliche und volkseigene Betriebe zu beschließen?

(Beifall bei der PDS)

Wer hindert uns denn daran, Maßnahmen für die Landwirtschaft zu beschließen? Das ist auch nicht glaubwürdig, wenn wir so tun, daß wir das alles nicht könnten, und deshalb müßte der Beitritt sofort erfolgen - dann würde es geschehen - ja, wie denn? Wer soll denn eigentlich diese Ergebnisse z. B. der Bodenreform oder diese Eigentums- oder Nutzungsrechte für DDR-Bürgerinnen und -Bürger sicher in eine deutsche Einheit hineinbringen, wenn nicht die Volkskammer der DDR? Wir sind doch die gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, um ihre Interessen und Rechte zu sichern und nicht, um zu sagen: Wie das auch immer mal wird in Zukunft - wir gehen da jetzt rein, wir konnten leider für euch nichts sichern. Das ist doch keine politische Haltung, das kann nicht der Ausgangspunkt unserer Entscheidungen sein!

(Starker Beifall bei der PDS)

Und ich sage es noch einmal: Wenn diese Termindiskussion hier nicht von uns - da will ich niemand ausnehmen, obwohl ich da die PDS in Schutz nehmen kann, weil sie sich daran tatsächlich nicht beteiligt hat

(Unruhe im Saal)

an der Diskussion zum Beitrittstermin, sonst beteiligen wir uns natürlich überall, das ist klar,

(Heiterkeit)

wenn diese Diskussion von uns nicht ausgelöst worden wäre, sondern wenn wir klipp und klar immer wieder gesagt hätten, welche Maßnahmen durchführbar sind und welche auch noch unbedingt durchgeführt werden müssen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes - dann, glaube ich, würden wir auch sehr viel mehr Zustimmung bekommen.

Und im übrigen gilt das nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, sondern auch für die der Bundesrepublik Deutschland, denn auch die brauchen z. B. hinsichtlich der Eigentums- und Nutzungsrechte an Grundstücken und ähnlichem Klarheit. Es ist ja auch für sie wichtig zu wissen, wie das nun zukünftig geregelt sein wird, um das nicht über eine Rechtsprechung über 10 Jahre allein den Gerichten zu überlassen. Hier eine verbindliche Klärung in einem Vertrag herbeizuführen, das sehe ich als notwendig an, und ich sage deshalb deutlich:

Wenn es gelingt, einen vernünftigen Einigungsvertrag zustande zu bekommen, wenn es gelingt, ihn zu ratifizieren, dann tun wir mehr für die Bürgerinnen und Bürger der DDR, als wenn wir jetzt irgendeinem momentanen populistischen Streben nachgeben und alle diese Fragen für die Zukunft der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes ungesichert lassen, rechtlich ungeregelt lassen.

Wir werden später sehr viele Vorwürfe ernten, daß wir diese unsere Aufgabe nicht erfüllten, obwohl wir allein für diese Aufgabe gewählt worden sind.

(Beifall bei der PDS und Bündnis 90/Grüne)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Als nächstes spricht für die Fraktion der F.D.P. der Abgeordnete Ortleb.

Prof. Dr. Ort leb für die Fraktion der F.D.P.:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sicherlich hat die PDS recht damit, wenn sie sagt, daß sie über den Beitrittstermin bisher noch nicht gerechnet hat. Das ist aber auch verständlich, denn sie ist nicht die Partei, die das Beitrittsprojekt vorangetrie-

ben hat. Also muß sie sich auch nicht um den Termin kümmern. Natürlich erhebt sie sich damit auch der Verantwortung dafür. Sie hat in diesem Sinne heute eine günstige Position.

Ich möchte weiter feststellen, daß aber wir, die Fraktionen, die sich anfangs darauf geeinigt hatten, daß Beitritt nach Artikel 23 ein Weg ist, in die Pflicht genommen sind, den Weg auch zu finden. Das Problem besteht darin, daß wir für diesen Weg eine Mehrheit von zwei Dritteln brauchen. Wir haben alle gemerkt, daß mit einer Diskussion über dieses Thema wirklich kein politisches Profil zu machen ist. Aus diesem Grunde muß die Einsicht bei allen Abgeordneten doch einkehren, insbesondere bei denen, die die Vereinigung nach Artikel 23 wollen, daß wir den Schnittpunkt aller Geraden suchen müssen, den es gibt, wo sich wenigstens zwei Drittel treffen.

(Beifall bei der F.D.P., SPD, DSU, CDU/DA)

Das heißt natürlich, daß man hier auch vermitteln muß, und das war der Grund, warum am Anfang der Sitzung die Liberalen noch eine Auszeit beantragt hatten. Wir haben Stimmungen aufgefangen, haben analysiert und gemerkt, wo der Schnittpunkt sein könnte. Wir hoffen, daß das Ergebnis dieser Überlegung sich heute noch in Form von Anträgen kleidet.

Ich möchte noch hinzufügen, daß es eigentlich kein großer qualitativer Sprung ist, wenn wir heute nur wieder eine gut getarnte Absichtserklärung verabschieden würden, daß wir irgendeinen Tag finden, ich muß das Datum auslassen, wo auf der Tagesordnung stehen wird: Beitritt nach Artikel 23. Das ist auch nur eine Absicht, die ganze Erklärung. Wir sollten es müde sein, uns in mehr oder weniger geschickten Formulierungen und in solchen Absichtserklärungen zu üben. Wir sollten entscheiden, ob man nicht von uns verlangt, daß man klipp und klar erklärt: Wir treten bei. Natürlich können wir das mit Überlegungen verbinden und auch mit Bedingungen des zeitlich Machbaren. Ich glaube aber nicht, daß der Spielraum für den Einigungsvertrag größer wird, wenn in voller Erwartung des Artikel-23-Beitritts wir uns nicht artikulieren können, wie, zu welchen Zeiten der Zug auf welchen Bahnsteigen des Fahrplans der deutschen Einheit sein soll. Dazu muß man auch einen Beitrittstermin nennen.

Noch besser wäre zu beschließen, daß mit Wirkung zu einem gewissen Termin heute erklärt wird, beizutreten. Dann sind nämlich hier die Fronten klar. Es erwarten sehr viele Leute die Rechtssicherheit

(Beifall bei der F.D.P. und SPD)

und das Beginnen eines wirtschaftlichen Wirkens, was nicht mit Bedenken eines eventuellen Vielleicht, Später oder Wann denn wollen diese fünf Länder denn echte Bundesländer geworden sein?. Deswegen muß diese Frage geklärt sein. Wir sind einfach müde geworden, und wir machen andere damit müde, daß wir keine Entscheidung finden können.

Ich habe als Kind von meinen Eltern Belehrungen erfahren, weil ich auf dem Gebiet anfangs schwach war, einen schlechten Umgang mit dem Wort bitte gehabt habe, so daß ich vielleicht dadurch besonders intensiv empfinde, wie und wann man mit diesem Wort umgehen soll.

Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich bitte Sie heute, nicht nur Absichten zu erklären, ich bitte Sie zu wägen, welche Anträge und Änderungsanträge man Ihnen unterbreitet. Ich hoffe und bitte Sie, daß wir es heute hinter uns bringen können und nie wieder über dieses Thema diskutieren müssen. Danke.

(Starker Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Als nächster spricht für die Fraktion Bündnis 90/Grüne der Abgeordnete Meisel.

Dr. Meisel (Bündnis 90/Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Volkskammer ist heute lapidar über den Rücktritt von 9 Ministern informiert